**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
**Herausgeber:** Widerspruch
**Band:** 31 (2011)
**Heft:** 60

**Artikel:** Die Schweiz braucht eine steuernde Energiepolitik
**Autor:** Zimmermann, Rolf
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-652115

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 12.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Rolf Zimmermann

# Die Schweiz braucht eine steuernde Energiepolitik

## Atomausstieg aus Gewerkschaftssicht

Der Atomausstieg muss jetzt gelingen. Die politische Ausgangslage war selten besser dafür. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB musste nicht auf das Fanal von Fukushima warten, um in der Energiepolitik ein Umdenken einzuleiten. Während der Dachverband der Unternehmen économiesuisse nach kurzem Schock schon wieder nach dem Motto „Vorwärts in die atompolitische Vergangenheit" das Vergessen predigt und den Atomausstieg vehement bekämpft, ist der SGB schon lange auf Atomausstiegs-Kurs, für Effizienz und Erneuerbare, für Mensch und Umwelt gegen untragbare Sicherheitsrisiken. Der Super-Gau in Japan nach dem Erdbeben und Tsunami am 11. März 2011 hat beim SGB den Atomausstieg aktualisiert: Nach seinem erfolgreichen Referendum gegen das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) 2002 war die SGB-Energiepolitik der letzten Jahre vor allem den Versorgungsrisiken der Strommarktliberalisierung gewidmet. In einer Grundsatzerklärung nach Fukushima hat der SGB die Atomausstiegspolitik mit der energiepolitischen Wende verbunden. Die Politik zur Energiewende darf nicht einem liberalisierten Markt überlassen werden. Der Atomausstieg ist ein demokratisches Projekt und ist nur mit einer öffentlich kontrollierten Stromversorgung realisierbar.

## Der Schutz von Mensch und Umwelt geht vor

Gewerkschaftsarbeit vertritt die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gegen die Übermacht des Kapitals, für anständige und gerechte Löhne, für den Ausbau der sozialen Sicherheit, für den Zugang aller zum Service public und nicht zuletzt für den Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz. Die Kernschmelze von Fukushima steht all den erwähnten existenziellen Interessen diametral entgegen, allen voran der Gesundheit am Arbeitsplatz. Die neueste AKW-Katastrophe wird Japan und der Welt noch Jahrzehnte viel menschliches Leid bringen. Harrisburg und Tschernobyl sind zu schnell verdrängt worden, obschon seit Jahrzehnten die Aufräumarbeiten mit höchsten Gesundheitsrisiken andauern. Unmittelbar nach Beginn der Katastrophe in Tschernobyl waren die Arbeiterinnen und Arbeiter für erste Rettungsaktionen teilweise völlig ungeschützt höchster Strahlung ausgesetzt und starben fast alle. Später mussten erste Liquidationsarbeiten unter höchstem Zeitdruck, um schneller der Strahlung zu entfliehen, mit blossen Händen verrichtet werden. Insgesamt haben die Sowjets gegen 800'000 SoldatInnen und ReservistInnen befristet zu gesundheitsschädigender Arbeit aufgeboten. Viele sind und bleiben traumatisiert (vgl. WoZ, 21.4.2011). Die gesundheitlich hochriskanten Aufräumarbeiten sind noch

nicht zu Ende. Und noch immer ist der radioaktiv strahlende geschmolzene Kern von Tschernobyl ausser Kontrolle. Das Krebsrisiko in der nur schwach besiedelten Katastrophenzone ist heute noch viel höher als andernorts. In Fukushima kann man nicht auf ein Heer Zwangsrekrutierter wie in der Sowjetunion zurückgreifen. Bereits sind Milliardenbeträge für die Notmassnahmen ausgegeben, aber die Reaktoren sind weiterhin instabil. Ein AKW-Gau kostet das Mehrfache eines AKW-Baus!

Eine Katastrophe im mit Fukushima vergleichbaren AKW Mühleberg hätte die Evakuierung der erweiterten Agglomeration Bern mit über 500'000 Personen, ihren Arbeitsplätzen, mit Spitälern, Universität und Bundeshaus (!) zur Folge. Nach menschlichem Ermessen ein Ding der Unmöglichkeit. Fukushima erinnert uns erneut an die Masslosig- und Verantwortungslosigkeit der Atomtechnologie, an den seit 50 Jahren begangenen Irrweg, den wir schnellstmöglich verlassen müssen.

Auf dem Hintergrund der nun vor Augen geführten Relationen ist die Diskussion darüber, ob ein Atomausstieg machbar sei, eigentlich zynisch. Es ist gerade umgekehrt: Die Atomoption zeugt von gefährlichem Realitätsverlust. Die jetzt anlaufende Machbarkeitsdebatte macht dennoch Sinn, weil sie zeigt, dass Alternativen längst vorhanden sind. Sie sind realistisch und mehrfach realisiert. Sie sind wirtschaftlich und innovativ. Sie schaffen unzählige neue und anspruchsvolle Arbeitsplätze. Die Umsetzung der Alternativen ist allein eine Frage des politischen Willens für wirtschaftliche und finanzielle Prioritätensetzungen.

Ein den rationellen Verbrauch forderndes Energiekonzept des SGB hat schon 1978 sämtliche Schlüsselworte der aktuellen Energieszenarien – wie Sonne, Wind, WKK, Effizienz – enthalten, und der SGB-Kongress 1986 hat – unter dem Eindruck von Tschernobyl – definitiv für den Atomausstieg Stellung genommen. Für die Schweizer Gewerkschaften im SGB geht es – im Gegensatz zu den kontroversen Debatten innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbunds DGB bis vor kurzem – längst nicht mehr darum, ob wir aussteigen wollen, sondern wie wir dies auch aus versorgungspolitischer Sicht am besten und schnellsten tun sollen.

## Energieeffizienz verbessern und systematisch WKK-Anlagen erstellen

Seit Jahrzehnten fehlt es nicht an realisierbaren Vorschlägen. Wie vor 25 Jahren fordern wir wieder kurzfristig realisierbare griffige Effizienzmassnahmen. Mittel- und längerfristig angelegt sind die neuen erneuerbaren Energien in der Strom- und Wärmeversorgung, aus Sonne, Geothermie und Wind. Effizienz und Zubau müssen sich ergänzen und haben je nach Fortschritt Konsequenzen für den Um- und Ausbau des Stromnetzes. Alles zusammen führt über lange Zeit zu vielen neuen sicheren, umweltverträglichen, innovativen gewerblichen und industriellen Arbeitsplätzen, auch in

der Forschung und bei den Kraftwerken, mit guten Lohnaussichten. Dies ist aus gewerkschaftlicher Sicht ein zentraler Punkt.

Gewerkschaften legen keine eigenen Szenarien für den Atomausstieg vor. Für den SGB sind die Ergebnisse der seit Jahrzehnten wiederholt präsentierten Ausstiegsstudien plausibel. Am schnellsten wirken Massnahmen für mehr Energieeffizienz. Allen voran die Erhöhung der Wirkungsgrade bei der Stromproduktion und beim Verbrauch von Motoren, Geräten, Anlagen und Leuchten. Dafür braucht es griffige Gebote und Verbote. Der SGB hat im Rahmen der Diskussionen um die vom Bund lancierten Energieperspektiven und Aktionspläne in den Jahren 2007 und 2008 dazu eine Grundsatzposition erarbeitet. Folgende Forderungen nach mehr Energieeffizienz stehen im Vordergrund:

*Mehr Effizienz mit dezentraler Produktion von Wärme und Strom*: Ab sofort gehören die stromfressenden Elektroheizungen verboten. An ihrer Stelle und beim Ersatz herkömmlicher Heizsysteme müssen systematisch dezentral Wärme-Kraftkoppelungsanlagen (WKK) installiert werden. Sie maximieren den Wirkungsgrad (90 Prozent statt 33 Prozent bei AKW!), da sie die Abwärme optimal als Heizwärme nutzen können. Sie entlasten auch die CO2-Bilanz erheblich, weil der ersetzte importierte Euro-Strom-Mix zu 54 Prozent fossiler und somit klimaschädlicher Herkunft ist und weil sie ineffiziente Heizanlagen ersetzen. Pro Jahr werden zwischen 40'000 und 60'000 Heizungen erneuert. In 15 Jahren entsprechend umgebaute Heizungen könnten theoretisch gegen 50 Prozent – etwa 30 TWh – des Schweizer Stroms liefern. Schon ein Bruchteil davon kann jedenfalls problemlos den vielzitierten Winter-Stromimport ersetzen. WKK-Anlagen sind ein guter Einstieg in die neu dezentral zu organisierende Stromproduktion. Sie realisieren schnell zusätzliche Stromproduktion im Winter, während im Sommer in der gleichen dezentralen Struktur die Sonnenenergie sowohl für Warmwasser (anstelle der Elektroboiler) wie auch für Stromversorgung gebraucht werden kann. WKK und Sonne ergänzen sich. Und längerfristig verspricht die neue sog. Windgas-Technik (www.greenpeace-energy.de/windgas) mit einem Gemisch aus elektrolytisch gewonnenem Wasserstoff und CO2 bzw. Methan ein Gasrecycling, d.h. einen auf Dauer angelegten Bio-Gas-Kreislauf für den WKK-Betrieb.

*Mehr Effizienz als neue Hauptaufgabe der Stromwirtschaft:* Bisher haben die Kraftwerke und Elektrizitätsverteilunternehmen (EVU) in erster Linie den Stromabsatz gefördert, um Einnahmen und Gewinn zu steigern. Sparlogisch müssten möglichst viele nicht produzierte Kilowattstunden das Unternehmensziel sein. Seit Jahrzehnten gibt es dafür erfolgreiche Beispiele in Kalifornien. Sie waren Bestandteil jedes Atomausstiegsszenarios der 80er Jahre. Die EVU müssen einen verbindlichen Effizienzauftrag erfüllen und den rationellen Verbrauch fördern. Diese „Least cost"

oder neu „Decoupling" genannten Strategien entkoppeln den Betriebserfolg vom Strom- oder Gasabsatz und garantieren den EVU eine Einnahmenhöhe. Das Ergebnis verbessert sich somit mit jeder eingesparten Kilowattstunde. Nicht zuletzt dank dieser Methode konnte Kalifornien im Gegensatz zum Rest der USA den Stromverbrauch in den letzten 30 Jahren stabil halten (vgl. Tages-Anzeiger, 28.5.2011). Mit dem gleichen Ziel können die EVU auch mit Bonus-Systemen – das EWZ arbeitet neuerdings damit –, mit intelligenten Zählersystemen (smart meters) mit verbrauchsoptimierenden Geräteeinsatzsteuerungen etc. zum selben Ziel gelangen. Die Umweltorganisationen rechnen bei so konzipierten Effizienzaufträgen an die EVU mit einer Sparwirkung von 19 TWh.

*Mehr Effizienz heisst selbstverständlich auch weniger Verbrauch von Motoren und Geräten:* Hier verlangt auch der Bund mit seiner neuesten für den Ausstieg konzipierten Energiestrategie 2050 klare Gebote und Verbote. Mit Empfehlungen und Labels allein kommen wir nicht weiter. Schneller wirksam sind zwingende Vorschriften, die stets dem neuesten Stand der Technik angepasst werden müssen. Es braucht einen sanften ökologischen Umbau der Wirtschaft hin zu mehr Cleantech. Der SGB-Kongress 2010 hat dazu im Rahmen eines Antrags der Gewerkschaft Unia eine sehr intensive Debatte für eine entsprechende schweizerische Industriepolitik geführt. Die Gewerkschaften sind seit eh und je an einer innovativen Wirtschaft interessiert. Dadurch werden hochinteressante und anspruchsvolle Arbeitsplätze für zukunftsträchtige Produkte geschaffen. Die Schweizer Industrie wird mit neuer High-Tech wettbewerbsfähige Angebote entwickeln. Und auch die Binnenwirtschaft wird vom Umbau profitieren: Die gesamte Baubranche, alle Installationsbereiche, Elektronik, Optik, Planungs- und Beratungsbetriebe etc. Die Atomoption hingegen schafft höchsten für eine kurzfristige Spitzenbelastung Arbeitsplätze an wenigen Standorten. Sie ist auf den konzentrierten Kapitalgewinn ausgerichtet, während der Atomausstieg für Industrie und Gewerbe über Jahrzehnte breitgefächert Hunderttausende von Arbeitsplätzen ermöglicht und eine nachhaltig grosse Chance sein wird, auch für den Export (vgl. u.a. Studie von TNC u. Infras, Stromeffizienz und erneuerbare Energien, Zürich 2010).

## Mit Quoten die Erneuerbaren zum Erfolg führen

Mehr erneuerbare Energien werden entscheidend zum Atomausstieg beitragen. Bis anhin gab es dafür eine ungenügende Förderpolitik, beispielsweise mit einer auf den Strompreis geschlagenen sog. Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) von 0.4 Rappen (neu 0.9), womit die noch unrentable Stromproduktion aus Sonne, Wind, Biomasse oder auch aus neuen Kleinstwasserkraftwerken subventioniert wird. Die Schweiz eignet

sich wenig für die Windstrom-Produktion. Das Potential der Sonnenenergie hingegen ist sehr gross. Bei der Wärmeerzeugung ist sie bereits wirtschaftlich, und die Photovoltaik zur Stromproduktion rechnet sich laufend besser. Soll die Sonnenenergie in einer systematisch vorangetriebenen Ausstiegspolitik schnell eine tragende Rolle übernehmen, müssen die Elektrizitätsverteilunternehmen massgeblich zu ihrem erhöhten Anteil am produzierten und verteilten Strommix beitragen.

Statt einfach nur mit Anreizen müssen die Unternehmen mit gesetzlich vorgeschriebenen, sukzessive steigenden Quoten dazu bewegt werden, den Anteil der neuen Erneuerbaren an der gesamten Stromproduktion erhöhen. So werden die Kraftwerke und EVU möglichst viele Sonnenanlagen auf privaten und öffentlichen Häusern oder andere alternative Anlagen bauen wollen. Ein Drittel der Schweizer Dachflächen könnte die Hälfte des gesamten Strombedarfs decken. Die heutige KEV-Methode ist nicht falsch, sie kommt aber kaum vom Fleck und wirkt als individuell nicht steuerbarer Konsumzuschlag unsozial. Sicher nicht zielkonform ist das seit einigen Jahren üblich gewordene EVU-Marketing, mit Appellen ans ökologische Gewissen gewinnträchtig sehr teuren Öko-Strom zu verkaufen. Die Verbrauchszunahmen halten sich so in zu engen Grenzen. Einzig mit in einem „Atomausstiegsgesetz" verbindlich festgelegten Quoten kommt es in nützlicher Zeit zum nötigen beträchtlichen Aus- und Umbau der Stromproduktion. Die Quotenziele sollten sich aufgrund der sich ändernden technischen, betrieblichen, kosten- und bedarfsseitigen Situation allmählich erhöhen. Aktuell diskutierte Szenarien rechnen insgesamt mit einem Potential von 20 TWh, was einem Drittel der heutigen Stromproduktion entspricht.

Im Rahmen der Förderung von erneuerbaren Energien werden in letzter Zeit auch von links-grünen Kreisen der weitere Ausbau der Wasserkraft und für eine europaweite Speicherung von Wind- und Sonnenenergie mehr Pump-Speicher-Werke als „Solarbatterien Europas" in den Alpen gefordert. Diesbezüglich ist aber weiterhin grösste Skepsis am Platz. Nicht nur, aber vor allem wegen der damit verbundenen Transport- und Umwandlungsverluste von bis zu 40 Prozent der Primärenergie. Beide Optionen dürften auch auf berechtigten Widerstand aus Naturschutz- und Fischerkreisen stossen. Sie können deshalb eine zügige Ausstiegspolitik fast nur behindern: Die Wasserkraft mit ihrem heute schon 60 Prozent umfassenden Anteil an der Stromproduktion hat in der Schweiz kaum noch grosses Zusatzpotential für den Atomausstieg.

## Netzausbau und Netzumbau sind nötig

Der Atomausstieg wird gewisss Auswirkungen auf das Stromverteilnetz haben: Es muss der neuen Situation angepasst und aus- und umgebaut werden. Dies wird nicht zuletzt auch vom Schweizer Netzbetreiber

Swissgrid betont. Die Netze sind heute auf eine weitgehend zentrale Stromversorgung ausgelegt. AKW abschalten hat grosse Auswirkungen auf die gesamte Netzspannung. Ein sukzessiver Umbau ist nötig. Sogenannte Smartgrids, also intelligente Netze, sind jetzt in aller Munde. Sie erlauben die optimale Einspeisung der dezentralen Sonnen-, Wind- und WKK-Ströme mit bedarfsgesteuerter Zu- und Wegschaltung. Ob dieser Um- und Ausbau gemäss Swissgrid auch zu neuen „Stromautobahnen" mit Kostenfolgen von 6-7 Milliarden Franken führen wird, ist noch ungewiss und umstritten. Sollten sie wegen neuen Pumpspeicherwerken nötig sein, wäre dies sicher fraglich. Ein Netzausbau ist aber so oder so nötig. Entscheidend ist die demokratische Diskussion darüber. Die Netze sind fast ausschliesslich in öffentlichem Eigentum und Swissgrid gemäss Stromversorgungsgesetz direkt oder indirekt mehrheitlich im Besitz der Kantone und Gemeinden. Das muss auch so bleiben.

## Ein demokratisches Projekt für wirtschaftliche und soziale Sicherheit

Die Stromversorgung ist seit über 100 Jahren ein öffentlicher Dienst, der Wirtschaft und Gesellschaft ein unverzichtbares knappes Gut sichert. Die Gewerkschaften haben erfolgreich die Strommarkt-Liberalisierung bekämpft. Der Atomausstieg verstärkt die politische Steuerung der Stromversorgung in einem noch grösseren energiepolitischen Zusammenhang. Der Atomausstieg ist ein politisches Projekt, das demokratisch beschlossen und kontrolliert werden muss. Privatisierung und Liberalisierung kommen dabei nicht infrage, Profitmaximierung hat hier nichts zu suchen. Vielmehr ist eine ökonomische und ökologische Güterabwägung nötig: für einen wirtschaftlichen, technologischen, umweltgerechten und sozialen Fortschritt.

Der Atomausstieg ist die grosse Chance zur Schaffung von Tausenden neuer Arbeitsplätze und für technische Innovation. Er ist direkt und indirekt auch Industriepolitik zur Förderung neuer Technologien und Ressourcen sparender Produktionsmethoden. Der New Deal in den USA der 1930er Jahre garantierte vor allem wieder bessere öffentliche Versorgungen, stärkte die Gewerkschaften, erhöhte die Investitionssicherheit und sorgte für mehr sozialen Ausgleich. Die einzuleitende Energiewende wird eine vergleichbare politische Wirkung haben. Die Ziele müssen die Versorgungssicherheit garantieren, den technologischen Umbau voranbringen und die wirtschafts- und industriepolitischen Rahmenbedingungen dafür setzen. Damit werden nicht nur die offensichtlich zu grossen Risiken des Atompfads für Mensch und Umwelt vermieden, gleichzeitig wird auch die Gesundheit am Arbeitsplatz entsprechend besser geschützt.

Wir stehen am Anfang eines demokratisch getragenen und politisch gesteuerten Projekts, das Jahrzehnte dauern wird. Bundesrat und Parlament müssen vorangehen und rasch verbindlich beschliessen, am besten mit dem

Erlass eines Atomausstiegs-Gesetzes innert Jahresfrist. Es muss auch die Abschaltung und die Lebensdauer bestehender AKW festlegen. Beznau I und II sowie das notorisch unsichere AKW Mühleberg können rasch vom Netz genommen werden. Die hier nur unvollständig bezifferten Potentiale zeigen, dass deshalb die Lichter nicht ausgehen werden. Aus Gewerkschaftssicht steht fest: Mehr sichere Versorgung und mehr sichere Arbeitsplätze bedeuten auch mehr soziale Sicherheit.

## Literatur


Dokumente des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zur Energiepolitik. Konzept für eine neue Energiepolitik von SPS und SGB, Sonderdruck Juli 1977

SGB-Energiekonzept 1978, Separatdruck „Gewerkschaftliche Rundschau" Nr. 1, Januar 1979

Positionspapier Energieeffizienz, SGB-Vorstand, November 2008

Position Stromversorgung, Atomausstieg und Liberalisierungsstopp, SGB-Vorstand, März 2011



**Buchhandlung am Helvetiaplatz**
**Volkshaus**
**Stauffacherstrasse 60**
**8026 Zürich 4**
**Telefon 044 241 42 32**
**Telefax 044 291 07 25**
**www.helvetiabuch.ch**
**info@helvetiabuch.ch**

**Politik und Literatur**

von > Autonomie
bis > Zwangsneurose